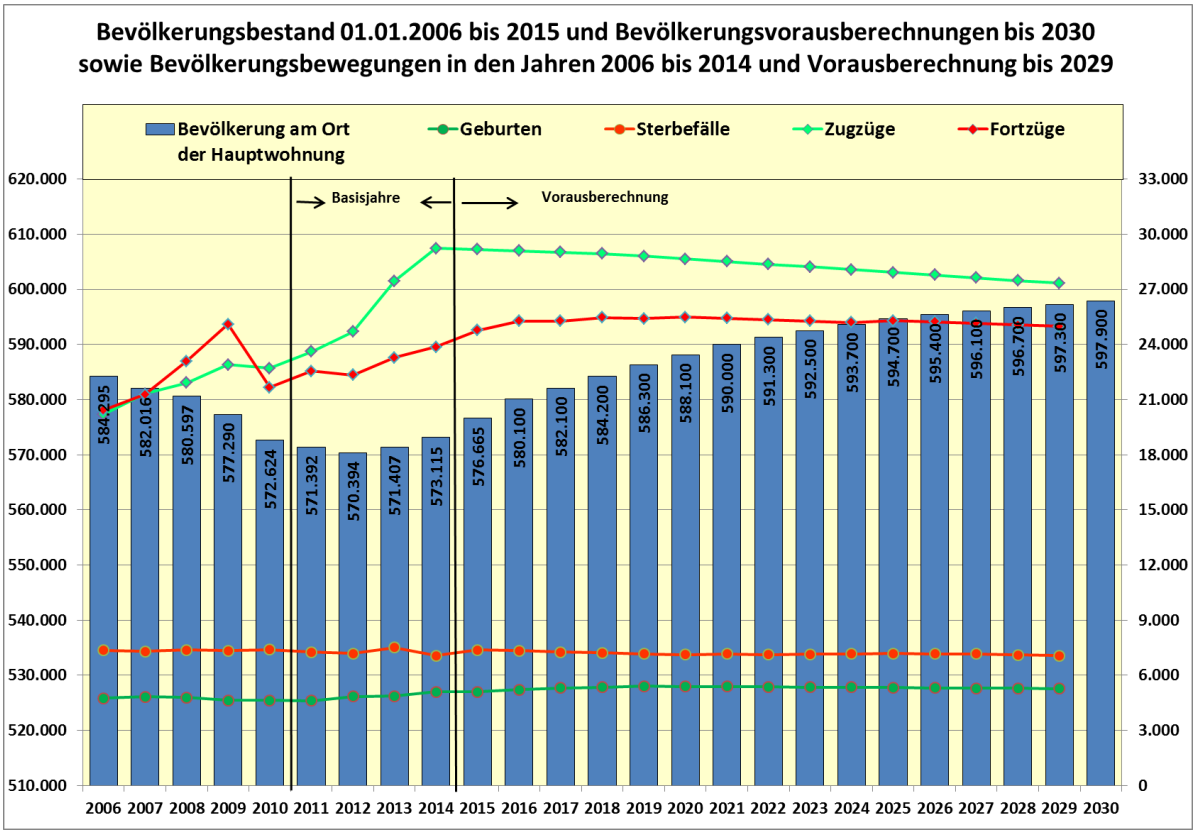
Tendenz wachsend:
2030 wieder knapp 600.000 Einwohner/-innen in Essen

Die neue Bevölkerungsvorausberechnung für die Stadt Essen geht von einer stetig anwachsenden Bevölkerungszahl von knapp 577.000 am 01.01.2015 bzw. aktuell (01.05.2015) rund 578.000 auf ca. 598.000 am 01.01.2030 aus.

Nach kontinuierlich sinkenden Einwohnerzahlen zwischen 2006 und 2010 und einer Phase der Konsolidierung zwischen 2011 und 2013, konnten aufgrund deutlicher Wanderungsgewinne vor allem in den Jahren 2013 und 2014 für die Stadt Essen bereits in den vergangenen zwei Jahren Bevölkerungszugewinne verzeichnet werden.



Für die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung wurden die Jahre 2011 bis 2014 als Basisjahre für die Berechnung der Fertilitäts-, Mortalitäts- und Wanderungsraten gewählt.

Darüber hinaus wurden – in Anlehnung an die Bevölkerungsprognose von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) - „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2014 bis 2040/2060" – Annahmen zur Lebenserwartung und dem Wanderungsgeschehen getroffen.

Es wird eine langsam ansteigende Lebenserwartung bis 2030 von + 2,2 Jahren für Männer und + 1,5 Jahre für Frauen unterstellt. Dies führt dazu, dass die Differenz zwischen Geburten und

Sterbefällen - der sogenannte Sterbefallüberschuss – danach stetig geringer wird: von mehr als – 2.600 in der Vergangenheit, auf nur noch rund - 1.800 Ende der 2020er-Jahre.

Bezüglich des Wanderungsgeschehens in der Zukunft wird davon ausgegangen, dass auch weiterhin mit einer erhöhten Zuwanderung von Flüchtlingen aus Krisengebieten zu rechnen ist und sich auch die Zuwanderung aus südosteuropäischen EU-Staaten (Rumänien, Bulgarien, Polen) sowie aus den südlichen EU-Staaten (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland) nur langsam abschwächen wird. Darüber hinaus wird von einer weiterhin anhaltenden hohen Attraktivität der Stadt Essen insbesondere für Zuwandernde junge Erwachsene im Ausbildungsalter bzw. in der Berufseinstiegsphase ausgegangen.

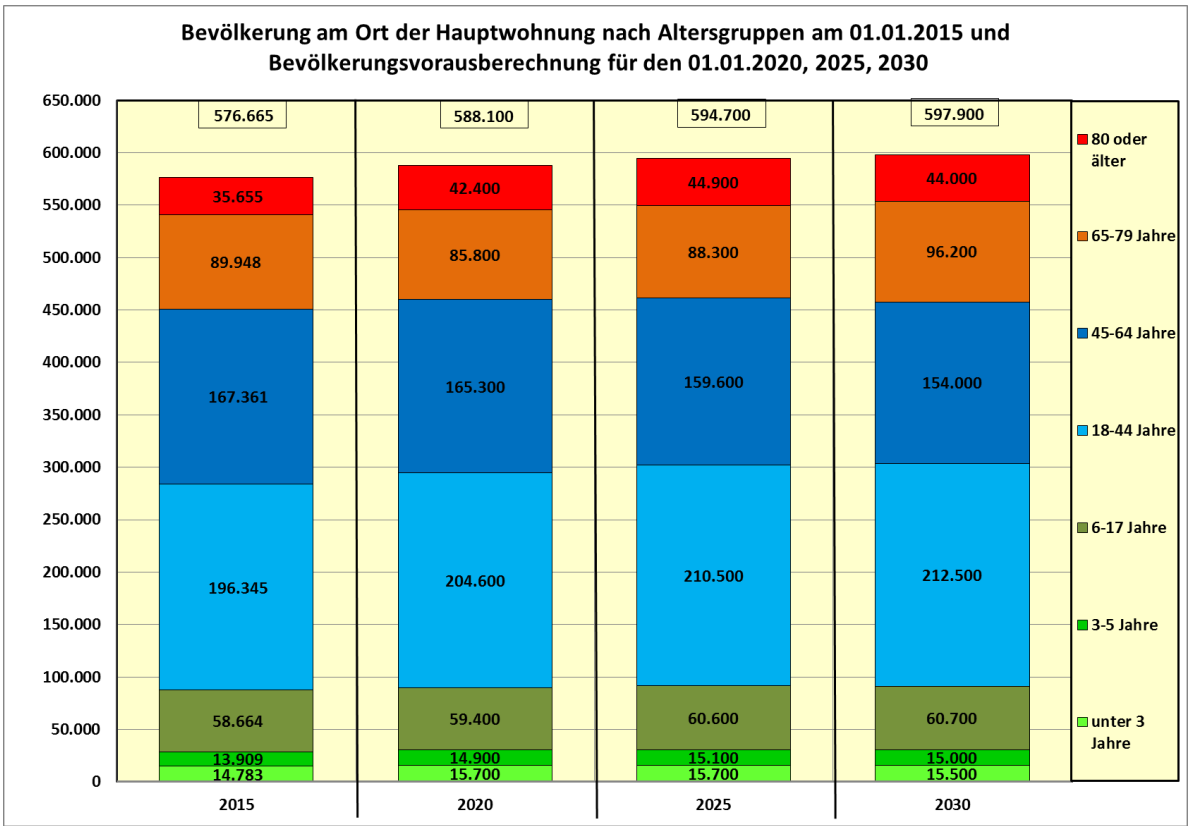
Darüber hinaus wurden in Bau befindliche bzw. bereits geplante größere Neubaugebiete berücksichtigt – insgesamt rund 6.000 zusätzliche Wohneinheiten. Die Untersuchung des Zuzugs in solche Gebiete in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass bei einem Neubauerstbezug knapp ein Viertel der Menschen aus anderen Städten stammt. Berücksichtigt wurden hier rund 3.000 Personen bis 2022.

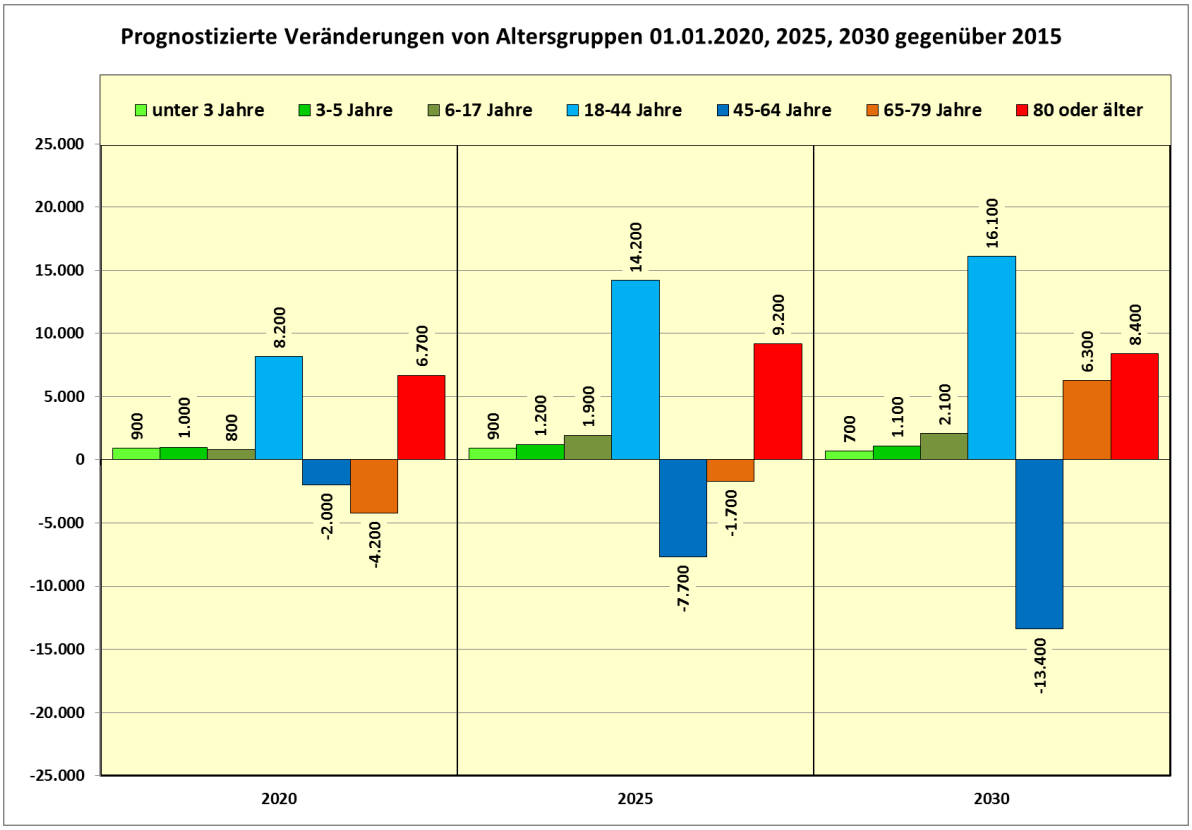
Dies bedeutet, in der nahen Zukunft bis 2017 wird ein positiver Wanderungssaldo von rund + 3.800 Personen unterstellt. Für die folgenden Jahren wird vermutet, dass die Zahl der Zuziehenden stetig sinkt von jetzt über 29.000 Personen auf dann Ende der 2020er-Jahre rund 27.500 Personen. Dies bedeutet bei rund 25.000 Fortzügen pro Jahr, es wird auch am Ende des Prognosezeitraums noch von einem positiven Wanderungssaldo von mehr als + 2.500 Personen ausgegangen.

Für die Infrastrukturplanung ist die Veränderung der Anzahl der Personen in den verschiedenen Altersgruppen bedeutsam.

Das deutliche Anwachsen der Anzahl der 80-jährigen oder älteren Bürgerinnen und Bürger, für die die Versorgung in Alten(pflege)heimen geplant werden muss, wird neben der ebenfalls steigenden Zahl von Kindern insbesondere im schulpflichtigen Alter für die Infrastrukturplanung der Zukunft bestimmend sein. Auch auf dem Arbeitsmarkt ergeben sich durch das prognostizierte Anwachsen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Herausforderungen. Langfristig bis 2030 sind durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben zusätzliche große Veränderungen zu erwarten.

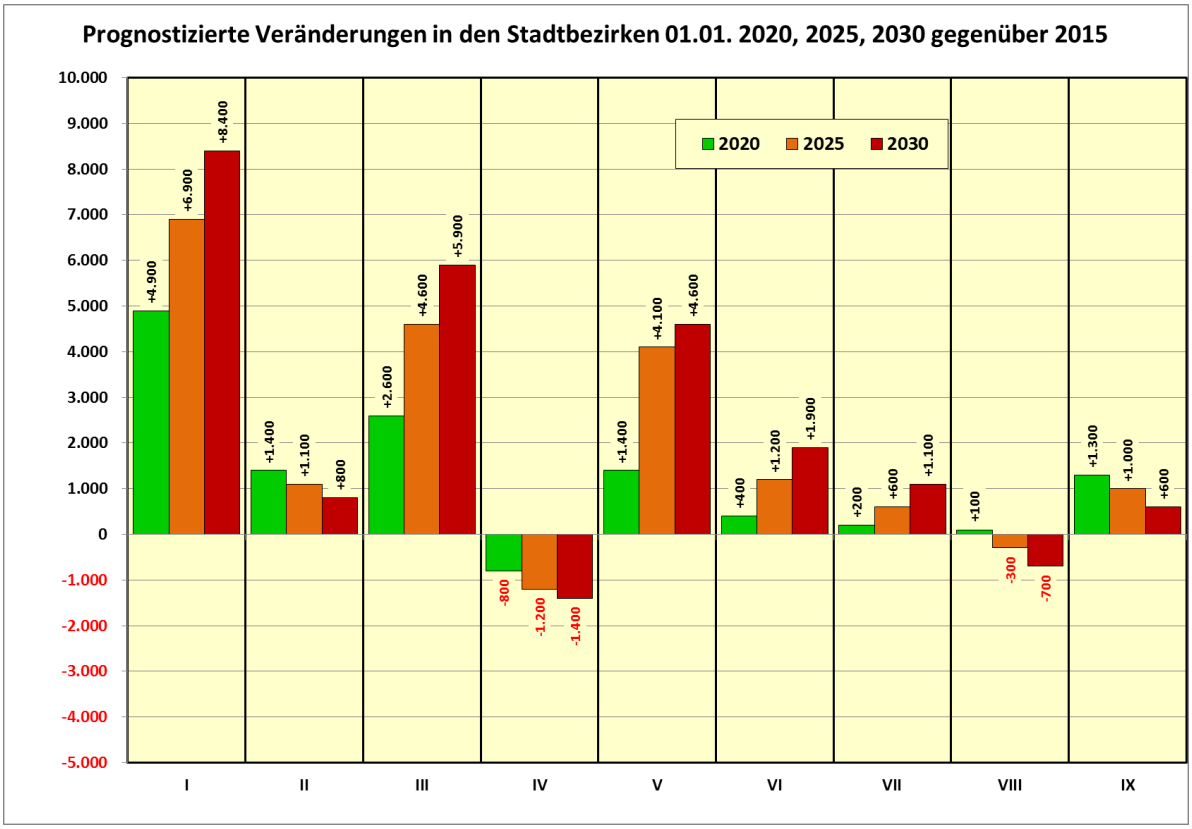
Statistik – Schlagzeilen 1/2015





Statistik – Schlagzeilen 1/2015

Mit Ausnahme der Stadtbezirke IV und VIII wird für alle anderen Bezirke ein Zuwachs an Bevölkerung bis 2030 prognostiziert. Die mit Abstand größten Zugewinne werden für den Stadtbezirk I erwartet. Hier wie auch für die Stadtbezirke III, V, VI und VII wird ein kontinuierliches Wachstum unterstellt. In den Stadtbezirken II, IV, VIII und IX dagegen wird von (wieder) abnehmender Tendenz nach 2020 ausgegangen.



Wie sich im Einzelnen die Veränderungen in der Altersstruktur kleinräumig vollziehen und welche Herausforderungen für die Infrastrukturplanung damit einhergehen, wird noch zu untersuchen sein.

Das Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen wird einen entsprechenden Bericht zu der Vorausberechnung der Bevölkerung bis 2030 auch mit kleinräumigen Ergebnissen vorlegen.